

1964	Ausgegeben zu Bonn am 19. Dezember 1964	Nr. 61
------	---	--------

Tag	Inhalt	Seite
16. 12. 64	Achte Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (Achte Ausnahmeverordnung zur StVZO) <i>Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzbl. III 9232-1-8</i>	945
16. 12. 64	Verordnung zur Änderung der Zweiten, Dritten, Fünften, Neunten, Zehnten, Elften, Fünfzehnten und Siebzehnten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz sowie der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland <i>Ersetzt Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 2; ändert Bundesgesetzbl. III 621-1-4, 621-1-LDV 3, 621-1-LDV 5, 621-1-LDV 9, 621-1-LDV 10, 621-1-LDV 11, 621-1-LDV 15 und 621-1-LDV 17</i>	946
16. 12. 64	Fünfte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes und Sechste Verordnung zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes <i>Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzbl. III 251-2-6; ändert Bundesgesetzbl. III 251-1-1, 251-1-2 und 251-1-3</i>	955
3. 12. 64	Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen	963
30. 11. 64	Berichtigung des Soldatenversorgungsgesetzes <i>Betrifft Bundesgesetzbl. III 53-4</i>	964
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 55, Nr. 56 und Nr. 57	965
	Verkündungen im Bundesanzeiger	966
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	967

Achte Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (Achte Ausnahmeverordnung zur StVZO)

Vom 16. Dezember 1964

Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzbl. III 9232-1-8

Auf Grund des § 6 Abs. 1 und des § 27 Abs. 3 des Straßenverkehrsgesetzes wird nach Anhören der zuständigen obersten Landesbehörden verordnet:

§ 1

Abweichend von § 29 StVZO brauchen die zulassungsfreien Anhänger im Gewerbe nach Schau-stellerart sowie die nach dem 1. Juli 1961 in den Verkehr gekommenen zulassungsfreien Anhänger in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben in der Zeit bis zum 31. Dezember 1965 nicht zur Hauptunter-suchung vorgeführt zu werden.

§ 2

Abweichend von § 36 Abs. 1 Satz 2 StVZO dürfen bis zum 30. April 1965 Reifen verwendet werden, deren Lauffläche zur Erhöhung der Gleitsicherheit bei vereister Fahrbahn mit Metall- oder ähnlichen Stiften (Spikes) versehen ist. Dies gilt jedoch nur für Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 3,5 t. § 30 StVZO bleibt unbe-rührt.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Über-leitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetz-blatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 7 des Ge-setzes zur Sicherung des Straßenverkehrs vom 19. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 832) und mit Artikel 9 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrsrechts und des Verkehrshaft-pflichtrechts vom 16. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 710) auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Ver-kündung in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1964

Der Bundesminister für Verkehr
Seeborn

**Verordnung
zur Änderung der Zweiten, Dritten, Fünften, Neunten, Zehnten,
Elften, Fünfzehnten und Siebzehnten Verordnung
über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz
sowie der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes
zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland¹⁾**

Vom 16. Dezember 1964

Auf Grund des § 239 Abs. 3, des § 249 Abs. 5, des § 252 Abs. 4, des § 267 Abs. 3, des § 268 Abs. 2, des § 301 Abs. 4, des § 301 a Abs. 3, des § 351 Abs. 3, des § 359 und des § 367 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), des § 11 a, des § 16 Abs. 8 und des § 43 Abs. 1 Nr. 1 des Feststellungsgesetzes in der Fassung vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 534), des § 12 Abs. 2 und des § 37 Abs. 1 des Gesetzes zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland vom 30. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 637), zuletzt geändert durch das Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 4. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 585), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Erster Abschnitt

2. LeistungsDV-LA²⁾

§ 1

Neufassung

Die Zweite Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz in der Fassung vom 8. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1189) erhält die Fassung der Anlage.

Zweiter Abschnitt

3. LeistungsDV-LA³⁾

§ 2

Änderung von Vorschriften

Die Dritte Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz in der Fassung vom 4. April 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 229) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bei der Bewertung von Sachbezügen im Sinne des § 8 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes ist davon auszugehen, daß bei Gewährung voller freier Station (einschließlich Wohnung mit Heizung und Beleuchtung), die auch Wartung und Pflege für

den Fall der Krankheit, der Pflegebedürftigkeit oder des Alters sowie Leistungen zur Deckung der sonstigen Lebensbedürfnisse umfaßt, der Einkommenshöchstbetrag nach § 267 Abs. 1 des Gesetzes mit Ausnahme des Selbständigenzuschlags und des Erhöhungsbetrags der Pflegezulage erreicht ist. Der Wert der vollen freien Station nach Satz 1 mindert sich

1. wenn Wartung und Pflege weder für den Fall der Krankheit, noch den der Pflegebedürftigkeit, noch den des Alters gewährt wird, um den Satz der Pflegezulage nach § 267 Abs. 1 Sätze 3 und 4 des Gesetzes,

2. wenn Leistungen zur Deckung der sonstigen Lebensbedürfnisse nicht gewährt werden, um die Sätze des Taschengeldes nach § 292 Abs. 4 vorletzter Satz des Gesetzes.

Bei einem Anspruch auf Gewährung voller freier Station für die Übergabe eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs wird vermutet, daß die volle freie Station die in Satz 1 genannten Leistungen umfaßt.“

b) In Absatz 2 werden die Worte „der in Absatz 1 Satz 1 genannten Sätze“ ersetzt durch die Worte „der für die volle freie Station maßgebenden und nach Absatz 1 Satz 2 gekürzten Sätze“.

2. In § 5 Abs. 3 wird die Zahl „7“ ersetzt durch die Zahl „8“.

3. In § 6 werden die Worte „5 und 7“ ersetzt durch die Worte „5, 7 und 8“.

4. In § 10 Abs. 1 Satz 3 wird die Zahl „10“ ersetzt durch die Zahl „20“.

5. In § 15 Abs. 2 erhält Satz 1 folgende Fassung:

„Zu den einmaligen Einnahmen im Sinne des Absatzes 1 gehören auch die Kapitalabfindungen für wiederkehrende Bezüge; dies gilt nur dann nicht, wenn die Kapitalabfindungen nach den hierfür maßgebenden Rechtsvorschriften für andere Zwecke als zur Bestreitung des Lebensunterhalts gebunden sind.“

6. § 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird Nummer 1 gestrichen; die Nummern 2 bis 8 werden Nummern 1 bis 7.

¹⁾ Ersetzt Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 2; ändert Bundesgesetzbl. III 621-1-4, 621-1-LDV 3, 621-1-LDV 5, 621-1-LDV 9, 621-1-LDV 10, 621-1-LDV 11, 621-1-LDV 15 und 621-1-LDV 17

²⁾ Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 2

³⁾ Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 3

- b) In Absatz 1 Nr. 3 (neu) werden die Worte „Leistungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 558 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 und § 560 der Reichsversicherungsordnung“ ersetzt durch die Worte „Leistungen der Heilbehandlung, der Berufshilfe und besondere Unterstützungen durch die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung nach den Vorschriften des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung“.
- c) In Absatz 1 erhält Nummer 4 (neu) folgende Fassung:
„4. Beihilfen nach § 17a sowie Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach §§ 25 bis 27 e des Bundesversorgungsgesetzes,“.
- d) In Absatz 1 erhält Nummer 7 (neu) folgende Fassung:
„7. Miet- und Lastenbeihilfen auf Grund des Gesetzes über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen, des § 73 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, des § 36 des Wohnungsbaugesetzes für das Saarland in der Fassung vom 26. September 1961 (Amtsblatt des Saarlandes S. 591) und des Gesetzes über Wohnbeihilfen sowie Miet- und Lastenbeihilfen im Rahmen der Wohnungsfürsorge des Bundes und der Deutschen Bundespost und entsprechende Beihilfen nach landesrechtlichen Bestimmungen.“
- e) In Absatz 3 erhält Nummer 1 folgende Fassung:
„1. das Krankengeld nach § 182 Abs. 1 Nr. 2 sowie das Verletztengeld nach den §§ 560 bis 562 der Reichsversicherungsordnung,“.
7. In § 21 Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „nach §§ 182, 186, 194, 559, 559 d, 559 e, 559 h und 559 l (Kranken- und Hausgeld sowie Tage- und Familiengeld)“ ersetzt durch die Worte „nach §§ 182, 186, 194, 560 bis 562 (Kranken- und Hausgeld sowie Verletztengeld)“.
8. Nach § 22 wird folgende Vorschrift eingefügt:
„§ 22 a
Vergünstigung für Einkünfte
nach § 267 Abs. 2 Nr. 5 Satz 1 des Gesetzes
Von Zulagen für Kinder (§ 267 Abs. 2 Nr. 5 Satz 1 des Gesetzes) dürfen andere Freibeträge als der nach § 267 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe c des Gesetzes nicht abgezogen werden.“
9. In § 24 werden die Worte „aus den in §§ 11 und 12 bezeichneten Einkunftsarten“ gestrichen.
10. Nach § 24 wird folgende Vorschrift eingefügt:
„§ 24 a
Freibetrag nach § 267 Abs. 2 Nr. 8
des Gesetzes
Bei Anwendung des § 267 Abs. 2 Nr. 8 des Gesetzes sind die Einkünfte des Berechtigten und der nach § 5 zu seiner Familieneinheit gehörenden Personen zusammenzufassen.“

11. § 25 erhält folgende Fassung:

„§ 25

Zusammentreffen von Freibeträgen
und Vergünstigungen nach § 267 Abs. 2
des Gesetzes

Freibeträge und Vergünstigungen nach § 267 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2, Nr. 3 bis 8 des Gesetzes sind in nachstehender Reihenfolge zu berücksichtigen:

1. Freibeträge und Vergünstigungen nach Nummern 3, 4, 5 Satz 1, Nummer 6 Satz 1 sowie Nummern 7 und 8,
2. Freibeträge nach Nummer 2 Buchstabe a, b und d,
3. Freibeträge nach Nummer 6 Satz 2,
4. Freibeträge nach Nummer 2 Buchstabe c,
5. Freibeträge nach Nummer 5 Satz 2.“

12. § 26 erhält folgende Fassung:

„§ 26

Anwendungszeitpunkt

Die vorstehende Fassung der §§ 1 bis 25 ist mit Wirkung vom 1. Juni 1963 ab anzuwenden. Jedoch gelten

1. § 19 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 3 Nr. 1 sowie § 21 Abs. 2 Nr. 1 vom 1. Juli 1963 ab,
2. § 19 Abs. 1 Nr. 7 mit Wirkung vom Inkrafttreten des Gesetzes über Wohnbeihilfen vom 29. Juli 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 508) ab und
3. § 5 Abs. 3, § 6, § 24 und § 24 a vom 1. Juni 1964 ab.“

Dritter Abschnitt

5. LeistungsDV-LA 4)

§ 3

Anderung von Vorschriften

Die Fünfte Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz vom 17. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1551), zuletzt geändert durch Artikel I der Verordnung vom 22. März 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 195), wird wie folgt geändert:

1. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Zumutbarkeit der Verwertung

Die Verwertung eines Vermögens, das 12 000 Deutsche Mark oder den nach § 268 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes maßgebenden höheren Grenzbetrag übersteigt, ist zumutbar, soweit es verwertbar ist und in seiner Verwertung nicht eine besondere Härte liegt.“

2. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Nr. 3 und 4 wird jeweils die Zahl „6000“ ersetzt durch die Zahl „12 000“.

4) Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 5

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Übersteigt das Vermögen 18 000 Deutsche Mark, kann eine besondere Härte

1. bei Bargeld, Geldeinlagen bei Kreditinstituten, Wertpapieren und anderen leicht verwertbaren Wirtschaftsgütern nicht mehr,
2. bei sonstigen Wirtschaftsgütern in der Regel nicht mehr geltend gemacht werden. An die Stelle des Betrags von 18 000 Deutsche Mark tritt der nach § 268 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes maßgebende Grenzbetrag, wenn er höher ist.“

§ 4

Anwendungszeitpunkt

Die Vorschriften des § 3 sind mit Wirkung vom 1. Juni 1963 ab anzuwenden.

Vierter Abschnitt

9. LeistungsDV-LA⁵⁾

§ 5

Anderung von Vorschriften

Die Neunte Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz vom 22. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 287), zuletzt geändert durch Artikel III der Verordnung vom 22. März 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 195), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„(4) Bei Anwendung des Absatzes 3 Nr. 2 gilt für in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin belegen Vermögen folgendes:

1. Bei land- und forstwirtschaftlichem Vermögen sowie Grundvermögen ist der auf den letzten Feststellungszeitpunkt vor dem 21. Juni 1948 festgestellte Einheitswert mit einer Deutschen Mark für eine Reichsmark anzusetzen.
2. Bei Betriebsvermögen ist der Einheitswert anzusetzen, der auf den 1. Januar 1949 festgestellt ist, wobei eine Deutsche Mark der Deutschen Notenbank einer Deutschen Mark (§ 10 LAG) gleichzusetzen ist.
3. Nicht zum Betriebsvermögen gehörende Ansprüche und Verbindlichkeiten sind mit einem Viertel des Betrags anzusetzen, mit dem sie auf Deutsche Mark der Deutschen Notenbank umgestellt worden sind oder umzustellen gewesen wären.
4. Nicht unter Nummern 1 bis 3 fallende Wirtschaftsgüter sind mit dem Wert anzusetzen, der sich bei Belegenheit im Geltungsbereich des Lastenausgleichsgesetzes nach den in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Vorschriften ergeben würde.“

b) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 5 und 6.

2. In § 1 a Abs. 1 erhält Nummer 2 folgende Fassung:

„2. Bei der Ermittlung des Gesamtvermögens nach Nummer 1 sind dem sonstigen Vermögen nur zuzurechnen

- a) im Saarland auf Franken umgestellte Ansprüche insoweit, als sie zusammen mit den unter § 67 Nr. 2 Satz 2 des Bewertungsgesetzes in der im Saarland für die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1948 geltenden Fassung fallenden Wirtschaftsgütern 300 000 Franken übersteigen,
- b) noch nicht fällige Ansprüche aus Lebensversicherungen, wenn ihr Wert 1 200 000 Franken übersteigt.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Zitat „§ 249 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt durch das Zitat „§ 249 Abs. 3 Nr. 1“.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Kürzung des Grundbetrags der Hauptentschädigung nach § 249 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Lastenausgleichsgesetzes; an die Stelle des Zeitwerts des Ermäßigungsbetrags tritt das Dreißigfache des Betrags, um den der ursprüngliche Vierteljahrsbetrag der Vermögensabgabe nach § 47 a des Lastenausgleichsgesetzes herabgesetzt worden ist, und das Siebzehnfache des Betrags, um den der Vierteljahrsbetrag der Vermögensabgabe nach § 47 b des Lastenausgleichsgesetzes gemindert worden ist. Ist von dem Grundbetrag der Hauptentschädigung das Siebzehnfache des Minderungsbetrags nach § 47 b des Lastenausgleichsgesetzes abzusetzen, kann auf Antrag von dem nach Absatz 1 Nrn. 2 und 3 geltenden Aufteilungsmaßstab abgewichen werden, soweit hierdurch eine Kürzung des Minderungsbetrags nach § 47 b Abs. 2 Satz 1 des Lastenausgleichsgesetzes vermieden wird und das anderweitig aufgeteilte Siebzehnfache des Minderungsbetrags in voller Höhe von einem noch nicht erfüllten Grundbetrag der Hauptentschädigung im Sinne des Absatzes 1 abgesetzt werden kann; kommen nach Absatz 1 Nrn. 2 und 3 Grundbeträge der Hauptentschädigung mehrerer Berechtigter in Betracht, ist der Antrag auf anderweitige Aufteilung von jedem Berechtigten zu stellen, von dessen Grundbetrag ein höherer Minderungsbetrag als nach Satz 1 abgesetzt werden soll.“

4. In § 3 Abs. 1 werden die Worte „und die Minderung der Vermögensabgabe (§ 47 a LAG)“ ersetzt durch die Worte „ , die Herabsetzung der Vermögensabgabe (§ 47 a LAG) und die Minderung der Vermögensabgabe (§ 47 b LAG)“.

§ 6

Anwendungszeitpunkt

Die Vorschriften des § 5 sind mit Wirkung vom Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes (§ 375) ab anzuwenden.

⁵⁾ Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 9

Fünfter Abschnitt**10. LeistungsDV-LA = 4. FeststellungsDV⁶⁾****§ 7****Änderung von Vorschriften**

In § 2 Abs. 2 der Zehnten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz zugleich Vierten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 10. Mai 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 213), zuletzt geändert durch Artikel IV der Verordnung vom 22. März 1962 (Bundesgesetzblatt I S. 195), wird der zweite Halbsatz des Satzes 1 durch folgenden Satz ersetzt:

„Für unmittelbar Geschädigte, die in dem für sie maßgebenden Vergleichszeitraum verheiratet waren und von ihrem Ehegatten nicht dauernd getrennt lebten, gelten jedoch folgende Ausnahmen:

1. War der unmittelbar Geschädigte im Zeitpunkt der Schädigung verwitwet, sind seinen Einkünften die Einkünfte seines verstorbenen Ehegatten hinzuzurechnen.
2. War der unmittelbar Geschädigte im Zeitpunkt der Schädigung geschieden oder lebte er von seinem Ehegatten dauernd getrennt, so ist dem unmittelbar Geschädigten die Hälfte der Einkünfte zuzurechnen, die sich bei Zusammenrechnung der Einkünfte beider Ehegatten ergeben würden, es sei denn, daß sich aus den nachgewiesenen Einkünften eine andere Verteilung ergibt.“

§ 8**Anwendungszeitpunkt**

Die Vorschrift des § 7 ist mit Wirkung vom Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes (§ 375) ab anzuwenden.

Sechster Abschnitt**11. LeistungsDV-LA = 20. AbgabenDV-LA = 7. FeststellungsDV⁷⁾****§ 9****Änderung von Vorschriften**

Die Elfte Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz in der Fassung vom 17. November 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 676) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden nach einem Semikolon die Worte angefügt:
„in diesen Fällen wird auch nicht der Verlust des tatsächlich entrichteten Kaufpreises festgestellt.“
2. In § 8 Abs. 2 werden an Satz 2 nach einem Komma die Worte angefügt:
„es sei denn, daß der Anspruch nach § 1 der 19. LeistungsDV-LA vom 17. November 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 686) mit dem vollen festgestellten Betrag oder nach § 2 der genannten Verordnung mit einem höheren Satz als 10 vom Hundert anzusetzen ist.“

⁶⁾ Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 10
⁷⁾ Bundesgesetzbl. 621-1-LDV 11

§ 10**Anwendungszeitpunkt**

Die Vorschrift des § 9 ist mit Wirkung vom Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes (§ 375) ab anzuwenden.

Siebenter Abschnitt**15. LeistungsDV-LA⁸⁾****§ 11****Änderung von Vorschriften**

Die Verordnung über die Erstattung von Verwaltungskosten aus der Durchführung der Lastenausgleichsgesetze und des Allgemeinen Kriegsfolgen-gesetzes vom 3. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 154), geändert durch § 8 der Verordnung zur Einführung von Rechtsverordnungen zum Lastenausgleichsrecht im Saarland vom 28. Februar 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 135), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 erhält Nummer 2 folgende Fassung:
„2. von Anträgen auf Feststellung von Beteiligungsrechten an Familienstiftungen nach der 18. FeststellungsDV in voller Höhe,“.
- b) In Absatz 3 Nr. 4 wird das Wort „Fürsorgeverbände“ ersetzt durch die Worte „Träger der Sozialhilfe“.

2. In § 2 wird Absatz 1 wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 Nr. 8 wird das Wort „Weihnachtszuwendungen,“ ersetzt durch die Worte „Weihnachts- und Jubiläumszuwendungen,“.
- b) In Satz 1 Nr. 12 werden die Worte „§ 21 Abs. 5 und 6 des Gesetzes über die Tuberkulosehilfe vom 23. Juli 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 513)“ ersetzt durch die Worte „§ 127 Abs. 6 und 7 des Bundessozialhilfegesetzes vom 30. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 815)“.
- c) Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Als Personalkosten werden nicht berücksichtigt die Beträge, die aus Bundesmitteln auf Grund der §§ 18 a, 20 a und 71 d des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der bis zum 30. September 1961 geltenden Fassung und der §§ 71 d, 71 e Abs. 3 Sätze 1 und 3, § 71 h Abs. 3, §§ 71 i und 71 k dieses Gesetzes in der Fassung vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1578) sowie auf Grund des § 22 b des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes in der Fassung vom 24. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1627) geleistet werden.“

⁸⁾ Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 15

3. In § 3 wird Absatz 1 wie folgt geändert:
- In Satz 1 wird das Wort „sind“ ersetzt durch die Worte „waren und nach diesem Gesetz einen Versorgungsanspruch haben“.
 - In Satz 2 werden nach dem Wort „Zulagen“ die Worte eingefügt „oder Zuwendungen“.
4. § 5 wird wie folgt geändert:
- In der Überschrift wird das Wort „Fürsorgeverbände“ ersetzt durch die Worte „Träger der Sozialhilfe“.
 - In Absatz 1 werden ersetzt das Wort „Fürsorgeverbänden“ durch die Worte „Trägern der Sozialhilfe“ und das Wort „Fürsorgeverband“ durch die Worte „Träger der Sozialhilfe“.
 - In Absatz 3 wird das Wort „Fürsorgeverbandes“ ersetzt durch die Worte „Trägers der Sozialhilfe“.

Achter Abschnitt
17. LeistungsDV-LA⁹⁾

§ 12
Anderung von Vorschriften

In § 4 der Siebzehnten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz vom 26. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 809), geändert durch die Verordnung vom 14. Januar 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 44), erhält Absatz 2 folgende Fassung:

„(2) Bis zum Ende des Kalenderjahres 1964 entstehende Deckungsforderungen werden in den Kalenderjahren 1965 bis 1968 mit je 5 vom Hundert und in den Kalenderjahren 1969 bis 1978 mit je 8 vom Hundert jeweils zum 1. Juli des laufenden Kalenderjahres getilgt. Später entstehende Deckungsforderungen werden in den vier auf die Entstehung folgenden Kalenderjahren mit je 5 vom Hundert und in den dann folgenden zehn Kalenderjahren mit je 8 vom Hundert jeweils zum 1. Juli des laufenden Kalenderjahres getilgt. Zum 1. Januar eines Kalenderjahres entstehende Deckungsforderungen gelten als im Vorjahr entstanden. Eine vorzeitige Tilgung ist zulässig.“

Neunter Abschnitt

2. LADV-Saar¹⁰⁾

§ 13

Anderung von Vorschriften

In § 8 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland vom 16. Juli 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 471) wird Absatz 2 gestrichen; der bisherige Absatz 1 wird einziger Absatz.

§ 14

Anwendungszeitpunkt

Die Vorschrift des § 13 ist mit Wirkung vom Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland (§ 40) ab anzuwenden.

Zehnter Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 15

Anwendung in Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 374 des Lastenausgleichsgesetzes, § 44 des Feststellungsgesetzes, § 39 des Gesetzes zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland, § 15 des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 809), Artikel III des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 29. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 613), Artikel 2 des Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 27. Februar 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 133), § 14 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juni 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 785) und § 11 des Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 16

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Dahlgrün

Der Bundesminister für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
Lemmer

⁹⁾ Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 17

¹⁰⁾ Bundesgesetzbl. III 621-1-4

**Zweite Verordnung
über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (2. LeistungsDV-LA)**

in der Fassung vom 16. Dezember 1964

Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzbl. III 621-1-LDV 2

§ 1

Personenkreis

(1) Leistungen nach den §§ 301, 301 a des Gesetzes erhalten Sowjetzonenflüchtlinge im Sinne des § 3 des Bundesvertriebenengesetzes und diesen nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes gleichgestellte Personen.

(2) Leistungen nach § 301 des Gesetzes können an Personen gewährt werden, die den folgenden Gruppen angehören:

1. Vertriebene, welche die Voraussetzungen des § 230 des Gesetzes nicht erfüllen, wenn sie, ohne durch ihr Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen zu haben, die sowjetische Besatzungszone Deutschlands oder den Sowjetsektor von Berlin verlassen und im Anschluß daran im Wege der Notaufnahme oder eines vergleichbaren Verfahrens zugezogen sind und spätestens am 31. Dezember 1965 ihren ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich des Gesetzes genommen haben;
2. Personen, die aus rassischen Gründen von der Zuerkennung einer Liquidationsrente nach den Richtlinien des Reichsministers der Finanzen vom 19. Dezember 1938 ausgeschlossen waren, sofern sie neben den sonstigen Voraussetzungen der Unterhaltshilfe die besonderen Voraussetzungen des § 274 des Gesetzes erfüllen;
3. Bewohner von Berlin (West), die Kriegssachschäden im Sinne des § 13 des Gesetzes in dem Sowjetsektor von Berlin erlitten haben, wenn sie
 - a) zur Zeit des Schadenseintritts ihren Wohnsitz in Berlin (West) gehabt oder in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Kriegssachschäden ihren ständigen Aufenthalt in Berlin (West) genommen haben und
 - b) am 1. September 1953 ihren ständigen Aufenthalt in Berlin (West) hatten oder als Evakuierte bis zum Wirksamwerden des Bundesevakuiertengesetzes dorthin zurückgekehrt sind oder nach Maßgabe des Bundesevakuiertengesetzes zurückkehren;
4. Personen, die in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands oder in den Sowjetsektor von Berlin evakuiert worden waren und ihren dorthin mitgenommenen Hausrat bei der Rückkehr in den Geltungsbereich des Gesetzes verloren haben;
5. Bewohner der deutschen Zollanschlußgebiete, die Vertreibungsschäden oder im Geltungsbereich des Gesetzes Kriegssachschäden erlitten haben oder sich nach § 229 des Gesetzes auf solche Schäden berufen können, jedoch wegen ihres ständigen

Aufenthalts in diesen Gebieten die Voraussetzungen für die Gewährung von Ausgleichsleistungen nach dem Dritten Teil des Gesetzes nicht erfüllen. § 11 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 Nr. 4, Abs. 3 und 4 sowie § 230 des Gesetzes finden sinngemäß Anwendung.

§ 2

**Allgemeine Voraussetzungen für
Leistungen an Sowjetzonenflüchtlinge**

Sowjetzonenflüchtlinge und ihnen gleichgestellte Personen (§ 1 Abs. 1) erhalten Leistungen aus dem Härtefonds entsprechend den Voraussetzungen und Grundsätzen des § 301 a Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 301 des Gesetzes.

§ 3

**Besondere Voraussetzungen für Beihilfen
zum Lebensunterhalt an Sowjetzonenflüchtlinge**

(1) An die in § 1 Abs. 1 bezeichneten Personen wird Beihilfe zum Lebensunterhalt gewährt, wenn ein durch die Schädigung verursachter Verlust der beruflichen oder sonstigen Existenzgrundlage bewiesen oder glaubhaft gemacht wird und sich dieser Verlust noch auswirkt. Voraussetzung ist, daß diese Personen vor dem 1. Januar 1890 (eine Frau vor dem 1. Januar 1895) geboren oder daß sie erwerbsunfähig im Sinne des § 265 des Gesetzes sind. Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 265 Abs. 1 des Gesetzes muß spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vorgelegen haben; bei späterem Verlassen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands oder des Sowjetsektors von Berlin genügt das Vorliegen von Erwerbsunfähigkeit im Zeitpunkt des Verlassens dieser Gebiete.

(2) An die in § 1 Abs. 1 bezeichneten Personen, die nach dem 31. Dezember 1889 (eine Frau nach dem 31. Dezember 1894) und vor dem 1. Januar 1900 (eine Frau vor dem 1. Januar 1905) geboren oder spätestens am 31. Dezember 1964 erwerbsunfähig im Sinne des § 265 Abs. 1 des Gesetzes geworden sind, wird Beihilfe zum Lebensunterhalt nach Maßgabe des Satzes 2 gewährt. Voraussetzung ist, daß diese Personen eine selbständige Erwerbstätigkeit (§ 273 Abs. 5 Nr. 1 des Gesetzes) ausgeübt haben und daß

1. die Schädigung offensichtlich zu einem Schaden
 - a) von mehr als 6200 Reichsmark an Wirtschaftsgütern der in § 243 des Gesetzes bezeichneten Art oder
 - b) von mindestens 3600 Reichsmark an Vermögen, auf dem die Existenzgrundlage im Sinne des § 273 Abs. 5 Nr. 1 des Gesetzes beruhte, geführt hat, oder

2. ein durch die Schädigung verursachter Verlust der beruflichen oder sonstigen Existenzgrundlage mit Durchschnittsjahreseinkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit von mindestens 2000 Reichsmark bewiesen oder glaubhaft gemacht wird; diese Voraussetzung gilt auch dann als erfüllt, wenn neben der selbständigen Erwerbstätigkeit eine andere bezahlte Tätigkeit nicht oder nur in geringem Umfang ausgeübt und der Lebensunterhalt nicht oder nur unwesentlich aus anderen Einkünften mit bestritten wurde.

Beihilfe zum Lebensunterhalt wird unter den Jahrgangs- und Erwerbsunfähigkeitsvoraussetzungen des Satzes 1 auch gewährt, wenn mit einem durch die Schädigung verursachten Verlust der beruflichen oder sonstigen Existenzgrundlage der Verlust von aufschiebend bedingten privatrechtlichen Versorgungsansprüchen verbunden war; § 284 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 des Gesetzes gilt entsprechend.

(3) § 269 Abs. 3 des Gesetzes findet auf die in § 1 Abs. 1 bezeichneten Personen entsprechend Anwendung, wenn die Voraussetzung des § 273 Abs. 5 Nr. 1 des Gesetzes erfüllt ist und

1. die Schädigung offensichtlich zu einem Schaden von mindestens 3600 Reichsmark geführt hat oder
2. die Voraussetzung des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 2 vorliegt.

An die Stelle eines Grundbetrags von 4600 Deutsche Mark tritt ein Schaden von offensichtlich mindestens 4600 Reichsmark, an die Stelle eines Grundbetrags von 5600 Deutsche Mark ein Schaden von offensichtlich mehr als 6200 Reichsmark, an die Stelle eines Grundbetrags von 7600 Deutsche Mark ein Schaden von offensichtlich mehr als 8500 Reichsmark und an die Stelle eines Grundbetrags von 9600 Deutsche Mark ein Schaden von offensichtlich mehr als 14 000 Reichsmark. Die Schäden müssen an Wirtschaftsgütern der in § 243 des Gesetzes bezeichneten Art entstanden sein.

§ 4

Besondere laufende Beihilfen an Sowjetzonenflüchtlinge

(1) An die in § 1 Abs. 1 bezeichneten Personen wird nach Maßgabe der Absätze 2 bis 9 eine besondere laufende Beihilfe gewährt, wenn

1. diesen Personen ein durch die Schädigung verursachter Verlust der beruflichen oder sonstigen Existenzgrundlage mit Durchschnittsjahreseinkünften von mehr als 4000 Reichsmark entstanden ist oder
2. die Schädigung zu einem Schaden von mindestens 2000 Reichsmark an Wirtschaftsgütern der in § 243 des Gesetzes bezeichneten Art geführt hat und sich diese Schädigung noch auswirkt.

(2) Die besondere laufende Beihilfe wird neben der Beihilfe zum Lebensunterhalt oder selbständig gewährt. Liegen die Voraussetzungen sowohl für die Beihilfe zum Lebensunterhalt als auch für die besondere laufende Beihilfe vor, kann der Berechtigte wählen, ob er beide Leistungen oder welche

Leistung er beziehen will. Beantragt der Berechtigte die besondere laufende Beihilfe neben der Beihilfe zum Lebensunterhalt oder ausschließlich die besondere laufende Beihilfe, so kann er vorbehaltlich des Absatzes 3 Satz 2 entweder einen Verlust im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 oder einen Schaden im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 geltend machen.

(3) Die besondere laufende Beihilfe wird unter den Jahrgangs- und Erwerbsunfähigkeitsvoraussetzungen des § 3 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 gewährt, an Personen, die spätestens am 31. Dezember 1964 erwerbsunfähig im Sinne des § 265 Abs. 1 des Gesetzes geworden sind (§ 3 Abs. 2 Satz 1) jedoch nur, wenn auch die Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 Satz 2 vorliegen. Unter den Jahrgangs- und Erwerbsunfähigkeitsvoraussetzungen des § 3 Abs. 2 Satz 1 kann vorbehaltlich des Absatzes 4 die besondere laufende Beihilfe nur auf Grund eines Schadens im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 gewährt werden.

(4) Die besondere laufende Beihilfe wird unter den Jahrgangs- und Erwerbsunfähigkeitsvoraussetzungen des § 3 Abs. 2 Satz 1 auch gewährt, wenn mit einem durch die Schädigung verursachten Verlust der beruflichen oder sonstigen Existenzgrundlage der Verlust von aufschiebend bedingten privatrechtlichen Versorgungsansprüchen verbunden war; § 284 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 des Gesetzes gilt entsprechend.

(5) Die besondere laufende Beihilfe beträgt

1. bei einem Verlust von Durchschnittsjahreseinkünften von	monatlich
mehr als 4000 RM (Absatz 1 Nr. 1)	
bis 6 500 RM	50 DM
bis 9 000 RM	70 DM
bis 12 000 RM	85 DM
über 12 000 RM	100 DM
2. bei einem Schaden an Wirtschaftsgütern von mindestens	monatlich
2 000 RM (Absatz 1 Nr. 2)	
bis 3 000 RM	10 DM
bis 4 000 RM	15 DM
bis 5 000 RM	20 DM
bis 6 200 RM	25 DM
bis 8 000 RM	30 DM
bis 10 000 RM	35 DM
bis 12 000 RM	40 DM
bis 14 000 RM	45 DM
bis 16 000 RM	50 DM
bis 20 000 RM	55 DM
bis 25 000 RM	60 DM
bis 36 000 RM	70 DM
bis 53 000 RM	80 DM
bis 70 000 RM	90 DM
bis 90 000 RM	100 DM
bis 110 000 RM	110 DM
bis 132 000 RM	120 DM
bis 155 000 RM	130 DM
bis 180 000 RM	140 DM
über 180 000 RM	150 DM

Der Satz der besonderen laufenden Beihilfe nach Nummer 1 erhöht sich um 50 vom Hundert, wenn mit einem durch die Schädigung verursachten Verlust der beruflichen oder sonstigen Existenzgrund-

lage der Verlust von aufschiebend bedingten privatrechtlichen Versorgungsansprüchen verbunden war; § 284 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 des Gesetzes gilt entsprechend.

(6) Bei gleichzeitigem Bezug von Beihilfe zum Lebensunterhalt ermäßigen sich die Beträge nach Absatz 5 jeweils um 30 Deutsche Mark monatlich.

(7) Die besondere laufende Beihilfe wird gewährt, wenn die Einkünfte des Berechtigten insgesamt 420 Deutsche Mark monatlich nicht übersteigen. Dieser Betrag erhöht sich für den nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten um 170 Deutsche Mark monatlich und für jedes Kind im Sinne des § 267 Abs. 1 des Gesetzes um 66 Deutsche Mark monatlich; im Falle des § 267 Abs. 1 Sätze 3 bis 6 des Gesetzes erhöht sich der Einkommenshöchstbetrag um die Pflegezulage. Bei unmittelbar geschädigten Vollwaisen (§ 265 Abs. 3 des Gesetzes) beträgt der Einkommenshöchstbetrag 150 Deutsche Mark monatlich. Für die Berechnung der Einkünfte gilt § 267 Abs. 2 des Gesetzes in Verbindung mit den Vorschriften der 3. LeistungsDV-LA in der Fassung vom 4. April 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 229), geändert durch die Verordnung vom 16. Dezember 1964 (Bundesgesetzblatt I S. 946), in der jeweils geltenden Fassung.

(8) § 280 Abs. 3 bis 5 des Gesetzes gilt sinngemäß.

(9) Die besondere laufende Beihilfe ist im Verhältnis zur Hauptentschädigung wie Entschädigungsrente und im Verhältnis zur Sozialhilfe wie Entschädigungsrente nach § 284 des Gesetzes zu behandeln.

§ 5

Schadensermittlung

(1) Bei Anwendung der §§ 3 und 4 sind zur Ermittlung von Schäden an Wirtschaftsgütern der in § 243 des Gesetzes bezeichneten Art die Grundsätze des Zweiten Abschnitts des Feststellungsgesetzes und des § 245 Nrn. 1, 2 und 4 des Gesetzes anzuwenden. Auf Deutsche Mark der Deutschen Notenbank lautende Ansprüche sind mit einem Viertel anzusetzen. Nach dem 31. Dezember 1944 erworbene Wirtschaftsgüter sind, wenn sie nicht im Erbgang oder im Wege der vorweggenommenen Erbfolge erworben sind, außer Betracht zu lassen.

(2) Für die Berechnung verloreener Einkünfte ist § 239 des Gesetzes in Verbindung mit den Vorschriften der 10. LeistungsDV-LA = 4. FeststellungsdV vom 10. Mai 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 213) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend mit der Maßgabe anzuwenden, daß nach dem 31. Dezember 1944 bezogene Einkünfte außer Betracht zu lassen sind.

(3) Eine Schadensfeststellung findet nicht statt.

§ 6

Voraussetzungen für Leistungen an sonstige Personengruppen

(1) An Personen, die den in § 1 Abs. 2 genannten Gruppen angehören, können unter den Voraussetzungen des § 301 des Gesetzes Leistungen zur Abwendung einer gegenwärtigen Notlage gewährt werden.

(2) An die in Absatz 1 bezeichneten Personen kann Beihilfe zum Lebensunterhalt in entsprechender Anwendung des § 3 Abs. 1 und 2 gewährt werden; § 3 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 ist nicht anzuwenden.

(3) An Vertriebene im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1 wird Beihilfe zur Beschaffung notwendigen Hausrats nur gewährt, wenn ein Vertreibungsschaden an Hausrat vorliegt. Sie kann in der Regel nur gewährt werden, wenn die Einkünfte des Geschädigten im Durchschnitt der letzten 12 Monate vor Entscheidung über die Gewährung der Beihilfe nach Abzug der Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge 500 Deutsche Mark monatlich zuzüglich 120 Deutsche Mark für den Ehegatten und je 60 Deutsche Mark für seine sonstigen Familienangehörigen nicht übersteigen; von dieser Regel kann zur Vermeidung besonderer Härten, insbesondere bei außergewöhnlichen Belastungen oder nachhaltigem Rückgang der Einkünfte, in angemessenen Grenzen abgewichen werden.

§ 7

Gemeinsame Voraussetzungen

(1) Leistungen aus dem Härtefonds können vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 nur an den unmittelbar Geschädigten selbst gewährt werden.

(2) Beihilfe zum Lebensunterhalt und besondere laufende Beihilfe können nach dem Tode des unmittelbar Geschädigten unter den Voraussetzungen des § 272 Abs. 2 des Gesetzes an den überlebenden Ehegatten oder eine alleinstehende Tochter weitergewährt werden.

(3) Beihilfe zur Beschaffung von Hausrat kann nach dem Tode eines unmittelbar geschädigten Sowjetzonenflüchtlings (§ 1 Abs. 1), sofern ein nach Absatz 1 berechtigter Ehegatte nicht vorhanden ist, auch Kindern gewährt werden, die Sowjetzonenflüchtlinge sind, mit dem Verstorbenen bis zur Schädigung im gemeinsamen Haushalt gelebt und den verlorenen Hausrat mitbenutzt haben; die Aufteilung der Beihilfe bestimmt sich hierbei nach den Erbanteilen.

(4) Für den Antrag auf Beihilfe zum Lebensunterhalt und auf besondere laufende Beihilfe wegen Erwerbsunfähigkeit gilt § 265 Abs. 4 Sätze 2 und 3 des Gesetzes entsprechend.

§ 8

Anwendungszeitpunkt

Die Vorschriften des § 1 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 bis 5 sowie der §§ 2 bis 7 sind in der vorstehenden Fassung mit Wirkung vom 1. Juni 1964 ab anzuwenden. § 1 Abs. 2 Nr. 1 in der vorstehenden Fassung ist bei erstmaligem Antrag auf Beihilfe zum Lebensunterhalt mit Wirkung vom 1. Juni 1963 ab, im übrigen vom 1. Januar 1965 ab anzuwenden.

§ 9

Überleitungsvorschriften

(1) An Personen, die erst auf Grund der vorstehenden Fassung der §§ 1 bis 4 Beihilfe zum

Lebensunterhalt oder besondere laufende Beihilfe beantragen können, wird die Beihilfe bei Antragstellung bis zum 31. Mai 1965 mit Wirkung vom 1. Juni 1964 ab gewährt, frühestens jedoch von dem Ersten des Monats ab, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung der Beihilfe eingetreten sind.

(2) Von Personen, die erst auf Grund der vorstehenden Fassung des § 1 Abs. 2 Nr. 1 Beihilfe zum Lebensunterhalt wegen Erwerbsunfähigkeit beantragen können, kann diese noch bis zum 31. Mai 1965 beantragt werden, sofern die Antragsfrist nicht in entsprechender Anwendung des § 265 Abs. 4 Satz 3 des Gesetzes später abläuft.

(3) An Personen, die auf Grund des § 2 in der bis zum 31. Mai 1964 geltenden Fassung Beihilfe zum Lebensunterhalt erhalten haben, kann beim Vorliegen der Voraussetzungen vom 1. Juni 1964 ab ohne neuen Antrag besondere laufende Beihilfe gewährt werden. Die besondere laufende Beihilfe wird beim Vorliegen der Voraussetzungen neben der Beihilfe zum Lebensunterhalt gewährt, wenn der Berechtigte nicht von seinem Wahlrecht nach § 4 Abs. 2 Gebrauch macht.

(4) Wurde Beihilfe zum Lebensunterhalt nicht bezogen, kann Antrag auf besondere laufende Beihilfe wegen Erwerbsunfähigkeit noch bis zum 31. Mai 1965 gestellt werden, sofern die Antragsfrist nicht in entsprechender Anwendung des § 265 Abs. 4 Satz 3 des Gesetzes später abläuft.

§ 10

Anwendung in Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 374 des Lastenausgleichsgesetzes, § 15 des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 809), § 14 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 785) und § 11 des Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 4. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 585) auch im Land Berlin.

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Ersten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes¹⁾
und
Sechste Verordnung
zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes²⁾**

Vom 16. Dezember 1964

Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzbl. III 251-2-6

Auf Grund der §§ 27, 42 und 126 des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel I

Änderung der 1. DV-BEG³⁾

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (1. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 7. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 626) wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für	vom 1. 4. 1957 bis 31. 5. 1960	vom 1. 6. 1960 bis 31. 12. 1960	vom 1. 1. 1961 bis 30. 6. 1962	vom 1. 7. 1962 bis 30. 9. 1964	ab 1. 10. 1964
Die Witwe	220 DM	236 DM	255 DM	270 DM	292 DM
den Witwer	220 DM	236 DM	255 DM	270 DM	292 DM
die Vollwaise	110 DM	118 DM	128 DM	136 DM	147 DM
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird .. je	83 DM	89 DM	97 DM	103 DM	111 DM
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird .. je	61 DM	66 DM	72 DM	76 DM	82 DM
die dritte und jede fol- gende Halbwaise	55 DM	59 DM	64 DM	68 DM	73 DM
den elternlosen Enkel ... je	110 DM	118 DM	128 DM	136 DM	147 DM
die Eltern oder die Adop- tiveltern zusammen	165 DM	177 DM	192 DM	204 DM	220 DM
einen überlebenden El- ternteil oder Adoptiv- elternteil	110 DM	118 DM	128 DM	136 DM	147 DM.*

¹⁾ Ändert Bundesgesetzbl. III 251-1-1

²⁾ Ändert Bundesgesetzbl. III 251-1-2 und 251-1-3

³⁾ Bundesgesetzbl. III 251-1-1

2. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält folgende Fassung:

Anlage 1
(zu § 10)**Besoldungsübersicht**

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
ab 1. 10. 1964	7 426	9 371	14 209	22 274	
2. Unfallruhegehalt (66 ² / ₃ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
	bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
	bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
ab 1. 10. 1964	4 951	6 247	9 473	14 849	
3. Witwengeld (60 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992
	bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	bis 30. 6. 1962	2 380	3 275	5 059	7 931
	bis 28. 2. 1963	2 522	3 471	5 312	8 327
	bis 30. 9. 1964	2 750	3 471	5 312	8 327
ab 1. 10. 1964	2 971	3 748	5 684	8 909	
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965
	bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
	bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
ab 1. 10. 1964	1 485	1 874	2 842	4 455	

Artikel II**Anderung der 2. DV-BEG⁴⁾**

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (2. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 7. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 626) wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 1 BEG)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 4. 1957 bis 31. 5. 1960	vom 1. 6. 1960 bis 31. 12. 1960	vom 1. 1. 1961 bis 30. 6. 1962	vom 1. 7. 1962 bis 30. 9. 1964	ab 1. 10. 1964
von 25 bis 39 v. H.	110 DM	118 DM	128 DM	136 DM	147 DM
von 40 bis 49 v. H.	138 DM	148 DM	160 DM	170 DM	184 DM
von 50 bis 59 v. H.	165 DM	177 DM	192 DM	204 DM	220 DM
von 60 bis 69 v. H.	193 DM	207 DM	224 DM	237 DM	256 DM
von 70 bis 79 v. H.	220 DM	236 DM	255 DM	270 DM	292 DM
von 80 und mehr v. H. ..	275 DM	295 DM	319 DM	338 DM	365 DM.*

4) Bundesgesetzbl. III 251-1-2

2. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 2 BEG)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente eines Verfolgten, der in seiner Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 vom Hundert gemindert ist und das 65. Lebensjahr vollendet hat oder vollendet, beträgt ab 1. Januar 1961 dreihundert Deutsche Mark, ab 1. Juli 1962 dreihundertfünfzehn Deutsche Mark und ab 1. Oktober 1964 dreihundertvierzig Deutsche Mark; bei Frauen tritt an Stelle des 65. das 60. Lebensjahr. Satz 1 gilt nur, wenn der Verfolgte vor dem 1. Januar 1900 geboren ist; bei Frauen tritt an Stelle des 1. Januar 1900 der 1. Januar 1905. Der Anspruch auf den monatlichen Mindestbetrag der Rente setzt nicht voraus, daß die Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 vom Hundert ausschließlich auf der Verfolgung beruht.“

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu §§ 13 und 14) erhält die nachfolgende Fassung:

		Besoldungsübersicht						Anlage (zu §§ 13 und 14)	
Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum voll- endeten 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr	
1. Dienst Einkommen jährlich Einfacher Dienst	bis 30. 9. 1951	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000	3 150	3 300	
	bis 31. 3. 1953	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828	
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356	
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752	
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148	
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508	
	bis 30. 6. 1962	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949	
	bis 28. 2. 1963	5 160	5 446	5 734	6 020	6 306	6 306	6 306	
	bis 30. 9. 1964	5 160	5 472	5 784	6 096	6 408	6 720	6 876	
ab 1. 10. 1964	5 573	5 910	6 247	6 584	6 921	7 258	7 426		
2. Dienst Einkommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600	
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336	
	bis 31. 12. 1955	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072	
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624	
	bis 31. 5. 1960	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084	
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580	
	bis 30. 6. 1962	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186	
	bis 28. 2. 1963	5 848	6 414	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677	
	bis 30. 9. 1964	6 120	6 552	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677	
ab 1. 10. 1964	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371		
3. Dienst Einkommen jährlich Gehobener Dienst	bis 30. 9. 1951	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200	
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352	
	bis 31. 12. 1955	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504	
	bis 31. 3. 1957	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368	
	bis 31. 5. 1960	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944	
	bis 31. 12. 1960	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710	
	bis 30. 6. 1962	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647	
	bis 28. 2. 1963	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279	
	bis 30. 9. 1964	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279	
ab 1. 10. 1964	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209		
4. Dienst Einkommen jährlich Höherer Dienst	bis 30. 9. 1951	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500	
	bis 31. 3. 1953	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340	
	bis 31. 12. 1955	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180	
	bis 31. 3. 1957	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560	
	bis 31. 5. 1960	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480	
	bis 31. 12. 1960	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529	
	bis 30. 6. 1962	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826	
	bis 30. 9. 1964	9 123	11 171	13 095	14 844	16 835	18 825	20 817	
	ab 1. 10. 1964	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274	

Artikel III**Anderung der 3. DV-BEG⁵⁾**

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (3. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 7. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 626) wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

„§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 83 Abs. 2 BEG)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. April 1957	bis 31. Mai 1960	= 630 DM,
vom 1. Juni 1960	bis 31. Dezember 1960	= 660 DM,
vom 1. Januar 1961	bis 30. Juni 1962	= 700 DM,
vom 1. Juli 1962	bis 30. September 1964	= 735 DM,
ab 1. Oktober 1964		= 785 DM.“

2. § 33 a erhält folgende Fassung:

„§ 33 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 95 Abs. 1 BEG)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. April 1957	bis 31. Mai 1960	= 630 DM,
vom 1. Juni 1960	bis 31. Dezember 1960	= 660 DM,
vom 1. Januar 1961	bis 30. Juni 1962	= 700 DM,
vom 1. Juli 1962	bis 30. September 1964	= 735 DM,
ab 1. Oktober 1964		= 785 DM.“

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu §§ 15 und 17) erhält die nachfolgende Fassung:

Anlage 4

(zu §§ 15 und 17)

Besoldungsübersicht**1. Einfacher Dienst**

Lebensalter		Bis zum	Bis zum	Bis zum	Ab
		vollendeten 35. Lebensjahr	vollendeten 45. Lebensjahr	vollendeten 55. Lebensjahr	vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
	bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	ab 1. 10. 1964	6 247	6 584	7 258	7 426

2. Mittlerer Dienst

Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
	bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
	bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
	bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
	ab 1. 10. 1964	7 538	8 761	9 371	9 853

⁵⁾ Bundesgesetzbl. III 251-1-3

3. Gehobener Dienst

Lebensalter		Bis zum	Bis zum	Bis zum	Ab
		vollendeten 35. Lebensjahr	vollendeten 45. Lebensjahr	vollendeten 55. Lebensjahr	vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
	bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
	bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
	bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
	bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
	bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
	bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
	bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
	ab 1. 10. 1964	10 257	12 551	14 209	15 050

4. Höherer Dienst

Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
	bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
	bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
	ab 1. 10. 1964	14 012	18 013	22 274	24 084

4. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 zu § 22) erhält die nachfolgende Fassung:

Anlage 5
(zu § 22)

Besoldungsübersicht

Rente

1. Einfacher Dienst

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum	Bis zum	Bis zum	Ab
		vollendeten 35. Lebensjahr	vollendeten 45. Lebensjahr	vollendeten 55. Lebensjahr	vollendetem 55. Lebensjahr
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	ab 1. 10. 1964	6 247	6 584	7 258	7 426
	2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	1 604	2 574	3 267
bis 31. 3. 1957		1 750	2 808	3 564	3 726
bis 31. 5. 1960		2 106	3 194	3 861	3 933
bis 31. 12. 1960		2 253	3 418	4 131	4 208
bis 30. 6. 1962		2 433	3 691	4 461	4 545
bis 28. 2. 1963		2 579	3 912	4 729	4 818
bis 30. 9. 1964		2 603	4 062	5 040	5 157
ab 1. 10. 1964		2 811	4 387	5 443	5 570
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)		bis 31. 12. 1955	1 080	1 716	2 184
	bis 31. 3. 1957	1 164	1 872	2 376	2 484
	bis 31. 5. 1960	1 404	2 136	2 580	2 628
	bis 31. 12. 1960	1 512	2 280	2 760	2 808
	bis 30. 6. 1962	1 632	2 472	2 976	3 036
	bis 28. 2. 1963	1 728	2 616	3 156	3 216
	bis 30. 9. 1964	1 740	2 712	3 360	3 444
	ab 1. 10. 1964	1 884	2 928	3 636	3 720

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum	Bis zum	Bis zum	Ab
		vollendeten 35. Lebensjahr	vollendeten 45. Lebensjahr	vollendeten 55. Lebensjahr	vollendetem 55. Lebensjahr
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	90	143	182	190
	bis 31. 3. 1957	97	156	198	207
	bis 31. 5. 1960	117	178	215	219
	bis 31. 12. 1960	126	190	230	234
	bis 30. 6. 1962	136	206	248	253
	bis 28. 2. 1963	144	218	263	268
	bis 30. 9. 1964	145	226	280	287
ab 1. 10. 1964	157	244	303	310	

2. Mittlerer Dienst

1. Dienstekommen jährlich	bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
	bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
	ab 1. 10. 1964	7 538	8 761	9 371	9 853
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	2 020	3 432	4 554	4 851
	bis 31. 3. 1957	2 203	3 744	4 968	5 292
	bis 31. 5. 1960	2 564	4 304	5 313	5 586
	bis 31. 12. 1960	2 743	4 605	5 685	5 977
	bis 30. 6. 1962	2 962	4 973	6 140	6 455
	bis 30. 9. 1964	3 140	5 271	6 508	6 842
	ab 1. 10. 1964	3 391	5 693	7 029	7 389
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1955	1 356	2 292	3 036	3 240
	bis 31. 3. 1957	1 464	2 496	3 312	3 528
	bis 31. 5. 1960	1 716	2 880	3 552	3 732
	bis 31. 12. 1960	1 836	3 072	3 792	3 984
	bis 30. 6. 1962	1 980	3 324	4 104	4 308
	bis 30. 9. 1964	2 100	3 516	4 344	4 572
	ab 1. 10. 1964	2 268	3 804	4 692	4 932
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	113	191	253	270
	bis 31. 3. 1957	122	208	276	294
	bis 31. 5. 1960	143	240	296	311
	bis 31. 12. 1960	153	256	316	332
	bis 30. 6. 1962	165	277	342	359
	bis 30. 9. 1964	175	293	362	381
	ab 1. 10. 1964	189	317	391	411

3. Gehobener Dienst

1. Dienstekommen jährlich	bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
	bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
	bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
	bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
	bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
	bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
	ab 1. 10. 1964	10 257	12 551	14 209	15 050
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	2 851	5 148	7 128	7 722
	bis 31. 3. 1957	3 110	5 616	7 776	8 424
	bis 31. 5. 1960	3 488	6 224	8 208	8 775
	bis 31. 12. 1960	3 732	6 660	8 783	9 389
	bis 30. 6. 1962	4 031	7 193	9 486	10 046
	bis 30. 9. 1964	4 273	7 625	9 960	10 548
	ab 1. 10. 1964	4 615	8 159	10 657	11 286

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1955	1 908	3 432	4 752	5 148
	bis 31. 3. 1957	2 076	3 744	5 184	5 616
	bis 31. 5. 1960	2 328	4 152	5 472	5 856
	bis 31. 12. 1960	2 496	4 440	5 856	6 264
	bis 30. 6. 1962	2 688	4 800	6 336	6 708
	bis 30. 9. 1964	2 856	5 088	6 648	7 032
	ab 1. 10. 1964	3 084	5 448	7 116	7 524
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	159	286	396	429
	bis 31. 3. 1957	173	312	432	468
	bis 31. 5. 1960	194	346	456	488
	bis 31. 12. 1960	208	370	488	522
	bis 30. 6. 1962	224	400	528	559
	bis 30. 9. 1964	238	424	554	586
	ab 1. 10. 1964	257	454	593	627

4. Höherer Dienst

1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
	bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
	ab 1. 10. 1964	14 012	18 013	22 274	24 084
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	3 280	6 752	10 626	12 474
	bis 31. 3. 1957	3 578	7 366	11 592	13 608
	bis 31. 5. 1960	3 777	7 775	12 236	14 175
	bis 31. 12. 1960	4 041	8 242	12 990	15 026
	bis 30. 6. 1962	4 364	8 819	13 899	16 078
	bis 30. 9. 1964	4 582	9 260	14 594	16 882
	ab 1. 10. 1964	4 903	9 908	15 616	18 064
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1955	2 196	4 512	7 092	7 200
	bis 31. 3. 1957	2 388	4 908	7 200	7 200
	bis 31. 5. 1960	2 520	5 184	7 560	7 560
	bis 31. 12. 1960	2 700	5 496	7 920	7 920
	bis 30. 6. 1962	2 916	5 880	8 400	8 400
	bis 30. 9. 1964	3 060	6 180	8 820	8 820
	ab 1. 10. 1964	3 276	6 612	9 420	9 420
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	183	376	591	600
	bis 31. 3. 1957	199	409	600	600
	bis 31. 5. 1960	210	432	630	630
	bis 31. 12. 1960	225	458	660	660
	bis 30. 6. 1962	243	490	700	700
	bis 30. 9. 1964	255	515	735	735
	ab 1. 10. 1964	273	551	785	785

Artikel IV

Übergangsvorschriften

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer vor Verkündung dieser Verordnung ergangenen Entscheidung steht einer erneuten Entscheidung auf Grund dieser Verordnung nicht entgegen.

(2) Soweit vor Verkündung dieser Verordnung Ansprüche von Berechtigten durch Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bewenden. Das gleiche gilt, soweit die Ansprüche vor Verkündung dieser Verordnung durch unanfechtbaren Vergleich geregelt worden sind.

Artikel V**Anwendung in Berlin**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 240 BEG auch im Land Berlin.

Artikel VI**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1964 in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Dahlgrün

**Bekanntmachung
über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen**

Vom 3. Dezember 1964

Auf Grund des Gesetzes vom 18. März 1904 betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen (Reichsgesetzbl. S. 141) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird bekanntgemacht:

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für

1. die in der Zeit vom 8. bis 10. Januar 1965 in Frankfurt/Main stattfindende Veranstaltung „Für das Kind — Fachmesse für Kinderwagen und -Ausstattung, Korbwaren“,
2. die in der Zeit vom 29. Januar bis 7. Februar 1965 in Berlin stattfindende „Internationale Grüne Woche Berlin 1965“,
3. die in der Zeit vom 14. bis 19. Februar 1965 in Nürnberg stattfindende „16. Internationale Spielwarenmesse“,
4. die in der Zeit vom 18. bis 21. Februar 1965 in Köln stattfindende „Internationale Hausrat- und Eisenwarenmesse“,
5. die in der Zeit vom 20. bis 25. Februar 1965 in Offenbach am Main stattfindende „XXXII. Internationale Lederwarenmesse“,
6. die in der Zeit vom 21. bis 25. Februar 1965 in Frankfurt/Main stattfindende „Internationale Frühjahrsmesse“,
7. die in der Zeit vom 26. Februar bis 7. März 1965 in Berlin stattfindende „Internationale Bootschau und Wassersportausstellung — Camping, Reisen, Freizeit — Berlin 1965“,
8. die in der Zeit vom 18. bis 28. März 1965 in München stattfindende „Internationale Handwerksmesse — 17. Messe des Handwerks und der Zulieferindustrie“,
9. die in der Zeit vom 20. bis 22. März 1965 in Nürnberg stattfindende Veranstaltung „Tag des Zweirades“,
10. die in der Zeit vom 28. März bis 4. April 1965 in Frankfurt/Main stattfindende „Internationale Fachausstellung Sanitär- und Heizungs-Technik“,
11. die in der Zeit vom 7. bis 11. April 1965 in Stuttgart stattfindende „INTHERM 65 — Internationale Fachmesse Ölfeuerung und Gasfeuerung“,
12. die in der Zeit vom 23. bis 25. April 1965 in Köln stattfindende „Internationale Baby- und Kinder-Messe“,
13. die in der Zeit vom 24. April bis 2. Mai 1965 in Hannover stattfindende „Hannover-Messe“,
14. die in der Zeit vom 28. April bis 2. Mai 1965 in Frankfurt/Main stattfindende „Internationale Pelzmesse“,
15. die in der Zeit vom 29. April bis 17. Oktober 1965 in Essen stattfindende „Bundesgartenschau“,
16. die in der Zeit vom 13. bis 15. Mai 1965 in Düsseldorf stattfindende Veranstaltung „Kongreß und Ausstellung Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 1965“,
17. die in der Zeit vom 21. bis 30. Mai 1965 in Friedrichshafen stattfindende „IBO — Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen“,
18. die in der Zeit vom 21. bis 30. Mai 1965 in Essen stattfindende Veranstaltung „INFORMA — Ausstellung Küche + Bad — Technik im Haushalt“,
19. die in der Zeit vom 22. bis 26. Mai 1965 in Berlin stattfindende „Pharmazeutische und medizinisch-technische Ausstellung“,
20. die in der Zeit vom 25. bis 28. Mai 1965 in Frankfurt/Main stattfindende „13. interstoff-Fachmesse für Bekleidungstextilien“,
21. die in der Zeit vom 24. bis 27. Juni 1965 in Köln stattfindende „INTERZUM — Internationale Zubehör- und Werkstoffmesse für Holzverarbeitung, Möbel, Polstermöbel und Matratzen, für den Ausbau von Häusern, Schiffen und Fahrzeugen sowie für den Leichtbau“,
22. die in der Zeit vom 25. Juni bis 3. Oktober 1965 in München stattfindende „Internationale Verkaufsausstellung — IVA — München 1965“,
23. die in der Zeit vom 27. August bis 5. September 1965 in Stuttgart stattfindende „Deutsche Funkausstellung 1965 Stuttgart“,
24. die in der Zeit vom 14. bis 19. September 1965 in Stuttgart stattfindende „XVI. Internationale Dental-Schau“,
25. die in der Zeit vom 25. September bis 3. Oktober 1965 in Stuttgart stattfindende Veranstaltung „84. Landwirtschaftliches Hauptfest“,
26. die in der Zeit vom 25. September bis 3. Oktober 1965 in Essen stattfindende „Fachmesse Schweißen und Schneiden“,
27. die in der Zeit vom 22. Oktober bis 1. November 1965 in Stuttgart stattfindende „Internationale Hotel- und Gaststätten-Fachausstellung ‚Gastlicher Süden‘“,
28. die in der Zeit vom 30. Oktober bis 7. November 1965 in Nürnberg stattfindende „21. Internationale Erfinder- und Neuheitenausstellung“.

Bonn, den 3. Dezember 1964

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Prof. Dr. Bülow

Berichtigung des Soldatenversorgungsgesetzes*)**Vom 30. November 1964**

Das Soldatenversorgungsgesetz (SVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 649) ist wie folgt zu berichtigen:

1. § 5 a Abs. 3 muß richtig lauten:
„(3) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und des Absatzes 2 gilt § 5 Abs. 4 Satz 2 und 3 entsprechend.“
2. § 44 Abs. 2 muß richtig lauten:
„(2) Vom Ersten des Monats an, der dem in Absatz 1 bestimmten Zeitpunkt folgt, erhalten die Personen, die im Falle des Todes des Verschollenen nach § 11 Abs. 5 Satz 2 Übergangsgebühren, nach § 12 Abs. 7 eine Übergangsbeihilfe, nach § 42 eine Unterstützung, nach § 43 Witwen- oder Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten würden, diese Bezüge. Die Bezüge für den Sterbemonat und das Sterbegeld werden nicht gewährt.“
3. § 73 Abs. 9 Satz 1 muß richtig lauten:
„§§ 3, 5, 5a Abs. 1 Nr. 2 und §§ 9 bis 12 finden keine Anwendung.“
4. In § 82 Abs. 1 Satz 3 muß es statt „den Träger der Tuberkulosehilfe“ richtig heißen „auf Tuberkulosehilfe“.
5. In § 92 Abs. 1 muß nach den Worten „Bundesminister des Innern“ ein Komma stehen.

Bonn, den 30. November 1964

Der Bundesminister der Verteidigung
Im Auftrag
Eigenwillig

*) Betrifft Bundesgesetzbl. III 53-4

Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 55, ausgegeben am 3. Dezember 1964

Tag	Inhalt	Seite
27. 11. 64	Achte Verordnung zur Änderung des Abschöpfungstarifs (Verarbeitungserzeugnisse)	1481
14. 11. 64	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vierten Protokolls zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (Inkrafttreten für Belgien und Luxemburg)	1488

Nr. 56, ausgegeben am 9. Dezember 1964

7. 12. 64	Einhundertste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 (Erhöhung der Türkei-Zollkontingente)	1489
1. 12. 64	Sechste Verordnung zur Änderung der Erläuterungen zum Deutschen Zolltarif 1963	1490
11. 11. 64	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen (Inkrafttreten für die Demokratische Volksstaatliche Republik Algerien und die Republik Senegal)	1494
21. 11. 64	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über ein einheitliches System der Schiffsvermessung	1495

Nr. 57, ausgegeben am 10. Dezember 1964

8. 12. 64	Fünfundneunzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 (Angleichungszoll für Vollmilchpulver)	1497
8. 12. 64	Einhundertunderste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 (Angleichungszölle für Fondantmasse usw.)	1499
8. 12. 64	Zwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße und über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten auf Binnenwasserstraßen	1506
	<i>Ändert Bundesgesetzbl. III 9502-4</i>	
14. 11. 64	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die Zollbehandlung der Donauschiffe	1507
2. 12. 64	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1508

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Nr. Bundesanzeiger vom	Tag des Inkraft- tretens
24. 11. 64 Verordnung PR Nr. 11/64 über Vergütungen im Spediteursammelgutverkehr mit Eisenbahn und Kraftwagen für die Beförderung von Wein	224 1. 12. 64	2. 12. 64
27. 11. 64 Verordnung zur Änderung der Schlachtvieh-Handelsklassen- und Notierungsverordnung	225 2. 12. 64	1. 1. 65
25. 11. 64 Verordnung Nr. 24/64 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt	226 3. 12. 64	Siehe § 4
30. 11. 64 Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für die amtliche Beglaubigung von Meßgeräten für Elektrizität	227 4. 12. 64	5. 1. 65
27. 11. 64 Verordnung PR Nr. 12/64 über die Aufhebung von Preisvorschriften für die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken	229 8. 12. 64	9. 12. 64
8. 12. 64 Neunzehnte Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste — Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz —	230 9. 12. 64	10. 12. 64
7. 12. 64 Verordnung TSF Nr. 10/64 über Tarife für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen	230 9. 12. 64	15. 12. 64
20. 11. 64 Schifffahrtspolizeiliche Anordnung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Bremen für die Schifffahrt auf der Weser über Vorfahrt der Wegerechtschiffe und über Signale und Fahrregeln beim Einlaufen der Wegerechtschiffe in den Vorhafen der Nordschleuse in Bremerhaven	230 9. 12. 64	15. 12. 64

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache —		
	Nr.	vom	Seite
10. 11. 64 Verordnung Nr. 182/64/EWG, Nr. 5/64/Euratom der Räte zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft	190	21. 11. 64	2971
17. 11. 64 Verordnung Nr. 183/64/EWG des Rates zur Festsetzung gemeinsamer Qualitätsnormen für Spargel und Gurken	192	25. 11. 64	3217
13. 11. 64 Verordnung Nr. 184/64/EWG der Kommission zur Regelung der Arbeitsweise des Europäischen Entwicklungsfonds	193	26. 11. 64	3229
27. 11. 64 Verordnung Nr. 185/64/EWG der Kommission über die Erstattungen bei der Ausfuhr von Milcherzeugnissen mit abgeleiteten Abschöpfungsbeträgen nach dritten Ländern	196	28. 11. 64	3281
27. 11. 64 Verordnung Nr. 186/64/EWG der Kommission zur Änderung der Verordnung Nr. 158/64/EWG über die bei der Einfuhr von bestimmten Milcherzeugnissen erhobenen inländischen Abgaben	196	28. 11. 64	3284

EINBANDDECKEN für den Jahrgang 1963

Teil I: 3,— DM (1 Einbanddecke) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 6,— DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Das Titelblatt, die zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für Teil I lagen der Nr. 12/64, die Titelblätter und die zeitliche Übersicht für Teil II lagen der Nr. 11/64 II bei.

Ausführung: Halbleinen. Rücken mit Goldschrift wie in den vergangenen Jahren

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung

„BUNDESGESETZBLATT“ BONN · POSTFACH